



Dr. Carsten Sieling

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Carsten Sieling, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Paul-Löbe-Haus, Raum 7.839

Telefon 030 . 227 - 71595

Fax 030 . 227 - 76212

E-Mail: carsten.sieling@bundestag.de

Mitarbeiter: Florian Leuthner

Johannes Tiefensee

Katja Tempke

Wahlkreis Bremen I

Obernstraße 39-43

28195 Bremen

Telefon 0421 . 35 018 25

Fax 0421 . 35 72 83

E-Mail: carsten.sieling@wk.bundestag.de

Mitarbeiterin: Gisela Waltemathe

Nils Kuhlmann

Berlin, 09.11.2010

Antwort der BReg zur kleinen Anfrage „Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe – Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise“ (Drs. 17/3103)

Frage 4	BReg zeigt deutliche Skepsis gegenüber einer FAT
Frage 5	BReg erachtet den Semeta-Bericht aus „steuerfachlicher Sicht“ für ausgewogen. Was ist mit anderen Sichtweisen?
Frage 10	BReg lehnt eine FTS mit unterschiedlich Steuersätzen (je nach Komplexität der Finanzprodukte) ab.
Frage 13	BReg lehnt eine Einsetzung einer Expertenkommission zur Klärung von Fragestellungen (rechtlich, Verwaltungskosten, Komplexitätsprogression) ab. Man wolle dem Ergebnis der Diskussion auf europäischer Ebene nicht vorgreifen.
Frage 14	BReg schließt sich der Bewertung der überwiegenden Zahl von Experten der öffentlichen Anhörung zur FTS an, dass die Belastungen des „kleinen Sparer“ relativ gering seien. Damit dürfte das Argument der FDP endgültig entkräftet sein.
Frage 17	BReg schließt sich der Bewertung des IWF-Berichtes zur FTS an, dass die technische Machbarkeit einer Besteuerung von Finanztransaktionen nicht im Wege stehe.
Frage 19	BReg liegen keinerlei Erkenntnisse über den computergestützten Hochfrequenzhandel vor.
Frage 21	Das Abschlussdokument der europäischen Staats- und Regierungschef vom Juni 2010 sieht vor die FTS „zu erkunden und zu entwickeln“. Hieraus hat die BReg als (angebliche) treibende Kraft in Europa keinerlei Arbeitsauftrag für sich erkannt. Im Gegensatz dazu ist Österreich bereits zweimal in Vorleistung getreten...
Frage 23	Auf europäischer Ebene unterstützen offenbar nur Frankreich, Österreich und Deutschland vorbehaltlos eine FTS. Finnland und Griechenland sind grundsätzlich offen; Irland zeigt sich gegenüber allgemeinen Fragen FTS offen.
Frage 31	BReg verneint die Möglichkeit eines konditionierten Vorratsbeschlusses zur FTS durch den Bundestag. Wir lassen dies gerade vom wissenschaftlichen Dienst überprüfen – zumal Österreich, Frankreich und Belgien einen solchen Vorratsbeschluss in der Vergangenheit vorgelegt haben.
Frage	BReg hatte im Juni keine Ahnung, wie die im Sparpaket eingepreiste Beteiligung der Banken



Dr. Carsten Sieling
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 08.11.2010

32	an den Krisenkosten mit 2. Mrd. € ab 2012 realisiert werden solle. Die Frage ist, ob sie sich zum jetzigen Zeitpunkt Gedanken hierüber gemacht hat.
Frage 33	BReg geht weiterhin davon aus, dass die 2 Mrd. € aus dem Sparpaket erreicht werden. Modellüberlegungen zur Kompensation liegen derzeit nicht vor.
Frage 38-40	Prognostizierten Einnahmen der Bankenabgabe nur für den Zeitraum 2006-2009 anstatt 1999-2009 berechnet. Frage zu Durchschnittswerten für den Zeitraum nicht beantwortet (für 2006-2009 etwa 800 Mio.€ jährlich, anstatt den 1,3 Mrd. € aus dem Jahr 2006).
Frage 44	Wäre die Bankenabgabe als Betriebsausgabe abzugsfähig, so wären mit Steuermindereinnahmen von rund 30 Prozent zu rechnen.
Frage 47	Bei Einbeziehung von Zweigniederlassungen ausländischer Kreditinstitute innerhalb des EWR in die Bankenabgabe wären für 2009 23,7 Mio. € (2006: 16,8) Mehreinnahmen zu erwarten.
Frage 49	Bei Einbeziehung von Tochterunternehmen deutscher Kreditinstitute im Ausland zur Bankenabgabe wäre für 2009 84,6 Mio. € (2006: 111,9) Mehreinnahmen zu erwarten.
Frage 51-53	Die BReg erwartet keine übermäßigen Abwanderungstendenzen, da Ziel eine einheitliche europäische Regelung sei.
Frage 54-55	Die BReg geht nicht davon aus, dass es durch die Bankenabgabe nicht zu Engpässen in der Kreditversorgung oder übermäßigen Verteuerungen im Privatkundengeschäft kommen wird.
Frage 56	Theoretische Einnahmen durch die Bankenabgabe ohne die Zumutbarkeitsklausel. Hier vor allem das Jahr 2008 interessant: 307,7 Mio. € zu 2128,3 Mio. €. Interessant ist hier insbesondere die Veränderung bei den Kreditbanken im Jahr 2008: Absolut von 80,6 auf 1170,2 Mio. €, ein plus von 1352 Prozent. (vgl. Frage 40)
Frage 56ff	Hier rechnen wir noch...
Frage 65	Hinsichtlich der Frage wie lange es dauern würde, um einen Bankenrettungsfonds von 2, 4 bzw. 5% des BIP zu erreichen geht die BReg von völlig unrealistischen Zahlen aus. Sie legt 1,5 Mrd. € jährlich und die Renditehöhe einer Bundesanleihe von 2,28% zugrunde und erreicht so 25, 40 bzw. 47 Jahre. Bei 2 Mrd. verkürzen sich die Zeiten auf 20, 33 und 39 Jahre. Allerdings beläuft sich die durchschnittliche Einnahme der Jahre 2006-2009 auf rund 800 Mio. und nicht 1,5 oder 2 Mrd. €. Bemerkenswert ist insbesondere folgende Formulierung: „ Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass eine vergleichbare Krise ungefähr über achtzig Jahre zurück liegt.“
Frage 69	Entgegen der Meldung des HB vom 1.9. wird die Bankenabgabe nicht im Rahmen des Sparpakets im Bereich „Beteiligung der Kosten an der Finanzkrise“ angerechnet.
Frage 74-75	BReg schließt nicht aus, dass auch in der Zukunft der Steuerzahler für mögliche Krisen bezahlen müsse. Die Bankenabgabe würde sicherstellen, dass der Bankensektor „vorrangig“ die Mittel zur Verfügung stellen müsse.
Frage 76 und 78	Zahlen für Stamp Duty und schweizerische Stempelabgaben (2000-2008 bzw. 1999-2007)
Frage 80 und 81	Die angefragte Bezifferung eines Aufkommens von Stamp Duty und schweizerische Stempelabgaben in Deutschland hat die BReg leider nicht vorgelegt.
Frage 84	Eine theoretische Berechnung des Aufkommens der bis 1991 erhobenen Börsenumsatzsteuer für den Zeitraum 1999-2009 hat die BReg nicht vorgelegt.